



Bayerischer Landtag Landtagsamt Maximilianeum 80527 München

Herrn  
Jörg Mitzlaff  
Greifswalder Straße 4  
10405 Berlin

Landtagsamt

19.08.2021  
GP.0724.18

## Corona-Pandemie; Kostenlose FFP2-Schutzmasken Petition vom 27.05.2021

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat in der öffentlichen Sitzung vom 19.07.2021 zwei Petition von Ihnen beraten. Einmal die Petition mit dem Aktenzeichen **GP.0723.18 zur Testpflicht in Pflegeeinrichtungen** und einmal die Petition mit dem Aktenzeichen **GP.0724.18 zu Kostenlosen FFP2-Schutzmasken**.

Irrtümlicherweise haben wir Ihnen zur Angelegenheit GP.0723.18 zwei Beschlüsse mit unterschiedlichen Begründungen zugesandt, einmal die Testpflicht betreffend und einmal hinsichtlich der kostenlosen FFP2-Schutzmasken. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen. Zur Richtigstellung erhalten Sie nun zum Petitionsvorgang GP.0724.18 dieses Schreiben.

Der Gesundheitsausschuss hat am 19.07.2021 beschlossen, **die Petition „aufgrund der Erklärung der Staatsregierung als erledigt“ zu betrachten (§ 80 Nr. 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag)**.

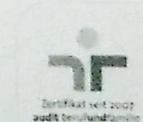
Der Ausschuss hat zu Ihrer Petition eine Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege eingeholt. Das Staatsministerium kam bei der Überprüfung des Sachverhalts zu dem Ergebnis, dass Ihrem Anliegen aufgrund der geltenden rechtlichen Bestimmungen nicht entsprochen werden könne. Allerdings werden Bedürftige auch in der Corona-Krise sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene im Rahmen verschiedener Unterstützungsmaßnahmen auf vielfältige Weise entlastet.

Nach sorgfältiger Auseinandersetzung mit dem Sachverhalt hält der Ausschuss die Erklärung des Staatsministeriums für richtig und sieht deshalb keine Möglichkeit, Ihrer Petition zum Erfolg zu verhelfen.

Referat P II Ausschüsse,  
Kommissionen  
Maximilianeum  
Max-Planck-Straße 1  
81627 München  
Telefon +49 (89) 41262393  
Fax +49 (89) 41261768  
[petitionen@bayern.landtag.de](mailto:petitionen@bayern.landtag.de)

Kommunikation allgemein  
Telefon +49 89 4126-0  
Fax +49 4126-1392  
[landtag@bayern.landtag.de](mailto:landtag@bayern.landtag.de)  
[www.bayern.landtag.de](http://www.bayern.landtag.de)

Öffentliche Verkehrsmittel  
U-Bahn U4/U5,  
Max-Weber-Platz  
Tram Linie 19, Maximilianeum



Die Stellungnahme, die die Grundlage für das Beratungsergebnis darstellte, und den Auszug aus dem Sitzungsprotokoll haben wir zu Ihrer näheren Information beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen



Dagmar Feldmann

Anlagen

1 Protokollauszug

1 Stellungnahme

**Jörg Mitzlaff in 10405 Berlin (GP.0724.18)**

**- Corona-Pandemie; Kostenlose FFP2-Schutzmasken**

**- 168 Unterschriften -**

**G31u-G8000-2020/1091-43 -Gesundheit-**

Vorsitz: Bernhard Seidenath (CSU)

Berichterstattung: Barbara Becker (CSU)

Mitberichterstattung: Ruth Waldmann (SPD)

Abg. Barbara Becker (CSU) führt aus, der Petent verweise auf die in Bayern in bestimmten Bereichen geltende FFP2-Maskenpflicht und beklage die aus seiner Sicht hohen Preise für diese Produkte. Daher fordere er einen kostenlosen Zugang zu den Schutzmaterialien.

Die Staatsregierung lege dar, was auf Bundes- wie Landesebene unternommen worden sei, um Menschen behilflich zu sein, deren finanzielle Mittel begrenzt seien oder die aus anderen Gründen nur schwer an FFP2-Masken gelangten. So seien 2,5 Millionen Atemschutzmasken aus dem bayerischen Pandemie-Zentrallager an Bedürftige verteilt worden.

Die Eingabe halte sie für erledigt.

Abg. Ruth Waldmann (SPD) fügt hinzu, inzwischen habe sich die Lage am Markt so weit entspannt, dass die Masken für wenig Geld erworben werden könnten; auch im Inland seien die entsprechenden Produktionskapazitäten ausgebaut worden. Empfänger von Grundsicherung hätten für diesen Zweck Anspruch auf 150 Euro zusätzlich; daneben gebe es einen einmaligen Kinderbonus von ebenfalls 150 Euro, der nicht auf die Grundsicherung angerechnet werde. Auch ALG-II-Empfänger hätten im Februar und März kostenlos FFP2-Masken in Apotheken abholen können.

Dem Votum schließe sie sich an.

**Beschluss:**

*Die Eingabe wird aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt erklärt.*

*Dem Petenten sind die Stellungnahme der Staatsregierung sowie ein Protokollauszug zu übersenden.*

*(mit den Stimmen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP ohne Votum der AfD)*



Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege  
Postfach 80 92 09, 81692 München

Präsidentin  
des Bayerischen Landtags  
Frau Ilse Aigner MdL  
Maximilianeum  
81627 München

Ihre Zeichen  
GF 0724 19

Unser Zeichen  
0211u-03000-2020/1081-43

München, 01.07.21

Ihre Nachricht vom  
28.05.2021

Unsere Nachricht vom

Petition des Herrn Jörg Mitzlaff in 10405 Berlin vom 27.05.2021 betreffend  
Corona-Pandemie; Kostenlose FFP2-Schutzmasken

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

zu der oben bezeichneten Eingabe nehme ich aus der Sicht des Staatsmi-  
nisteriums für Gesundheit und Pflege im Einvernehmen mit dem Staatsmi-  
nisterium für Familie, Arbeit und Soziales wie folgt Stellung:

Soweit der Petent vorträgt, dass FFP2-Masken zu teuer seien, ist darauf  
hinzuweisen, dass entsprechende Schutzmasken nach hiesigen Erkennt-  
nissen am Markt grundsätzlich in ausreichender Zahl und zu adäquaten  
Preisen verfügbar sind. Inzwischen wurden auch Produktionskapazitäten im  
Inland aufgebaut. Die Preise sind seit Beginn der Corona-Krise deutlich  
gesunken. Der Einkauf ist sowohl im stationären Einzelhandel, dem Ver-  
sandhandel als auch dem Fachhandel – neben Apotheken auch in Droge-  
riemärkten – möglich. Der Bezug ist nicht an Fachgeschäfte gebunden.  
Teilweise werden derartige Atemschutzmasken bereits für Preise unter ei-

nem Euro pro Stück angeboten.

Trotzdem ist sich die Staatsregierung bewusst, dass die Beschaffung von entsprechenden Schutzmasken im Einzelfall zu besonderen Belastungen, insbesondere für Bedürftige, führen kann. Deshalb wurden vor dem Hintergrund der ab dem 18.01.2021 eingeführten FFP2-Maskenpflicht 2,5 Millionen Atemschutzmasken aus dem Bayerischen Pandemiezentral-lager an Bedürftige verteilt. Als bedürftig in diesem Sinne galten die Empfänger von Grundsicherungsleistungen (Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)) und Obdachlose sowie Nutzer von Tafeln.

Grundsätzlich fällt die Unterstützung von Bedürftigen, insbesondere die Gewährung der Grundsicherung für Arbeitsuchende und die Sozialhilfe, in den Zuständigkeitsbereich des Bundes. Daher hat die Staatsregierung – zusätzlich zu o. a. Sofortmaßnahme mittels Maskenauslieferung – den Bund zu mehr Unterstützung für materiell Bedürftige in der Corona-Krise aufgerufen. Mit einem gemeinsamen Schreiben von Frau Staatsministerin Trautner und mir hatten wir uns frühzeitig beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Herrn Heil, für eine finanzielle Unterstützung von Bedürftigen eingesetzt.

Der Bund hat mittlerweile reagiert und verschiedene Unterstützungsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Erwachsene Grundsicherungsempfänger haben aufgrund der Pandemie eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 150 Euro erhalten. Diese einmalige pauschale Zusatzleistung soll die mit der Corona-Pandemie in Zusammenhang stehenden Mehraufwendungen ausgleichen. Wegen der unvorhersehbaren Entwicklung der Pandemie war es Beziehern von existenzsichernden Leistungen teilweise nur unter erschweren Bedingungen möglich, für diese Belastungen Vorsorge zu treffen. Zusätzliche finanzielle Belastungen ergeben sich z. B. aus der Versorgung mit nötigen Hygieneprodukten und Gesundheitsartikeln.

Außerdem wurde für Familien pro Kind ein einmaliger Kinderbonus von 150 Euro gewährt. Dieser Bonus soll nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden.

Zudem hat die Bundesregierung die Coronavirus-Schutzmasken-Verordnung (SchutzmV) geändert. Vom 16.02.2021 bis 06.03.2021 konnten sich demnach diejenigen, die Arbeitslosengeld II beziehen, kostenlose FFP2-Masken in den Apotheken abholen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Holetschek MdL  
Staatsminister